

Pressemitteilung, 28. April 2026

## **Aserbaidshans, Serbien und Georgien: Infrastruktur als Instrument autoritärer Herrschaft**

*Konnektivität verspricht Fortschritt, Modernisierung und Wohlstand und ist zum Schlüsselbegriff moderner Infrastrukturpolitik geworden. Doch wem nützen die großangelegten Projekte wirklich – und wessen Interessen stehen dahinter?*

Ein neuer ZOIS-Report untersucht, wie Aserbaidshans, Serbien und Georgien die Bedeutung ihrer geografischen Lage neu definieren – und welche Ziele dabei wirklich verfolgt werden. Straßen, Häfen, Transitrouten und nicht zuletzt Stadtentwicklungsprojekte gelten als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung und regionaler Integration. In Zeiten tiefgreifender geopolitischer Veränderungen nutzen diese kleineren Staaten transregionale Infrastrukturprojekte, um sich in der globalen Politik zu positionieren und ihrer vermeintlichen geografischen Peripherie zu entkommen. Drei Mechanismen machen dabei Infrastruktur zum Instrument der Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft: rhetorische Vereinnahmung, Zentralisierung und Elitenkooptation sowie die externe Legitimierung undemokratischer Regierungsführung.

### **Aserbaidshans ambitionierte Megaprojekte**

Baku glänzt: Prachtboulevards, Luxushotels, eine erneuerte Uferpromenade. Seit zwei Jahrzehnten verwandelt Präsident İlham Aliyev Infrastruktur in ein Machtinstrument. „Autoritärer Städtebau zeichnet sich durch Steuerung von oben und eine eher ausgrenzende als partizipative Stadtentwicklung aus,“ erläutert Tsypylma Darieva, eine der Autor\*innen des Reports. Bakus Uferpromenade steht exemplarisch dafür: Die neuen Megabauprojekte werden von politischen Eliten kontrolliert. Mit Konnektivitätsprojekten wie Straßen, neue Routen und Hafenanlagen pflegt das Regime sein Image als zukunftsorientierter regionaler Akteur. Seit dem Karabach-Krieg 2020 positioniert es das Land zunehmend als zentraler „Knotenpunkt“ zwischen Europa und Asien. Der Mittlere Korridor soll Aserbaidshans zum unverzichtbaren Transitland machen – und das Regime fest im Sattel halten.

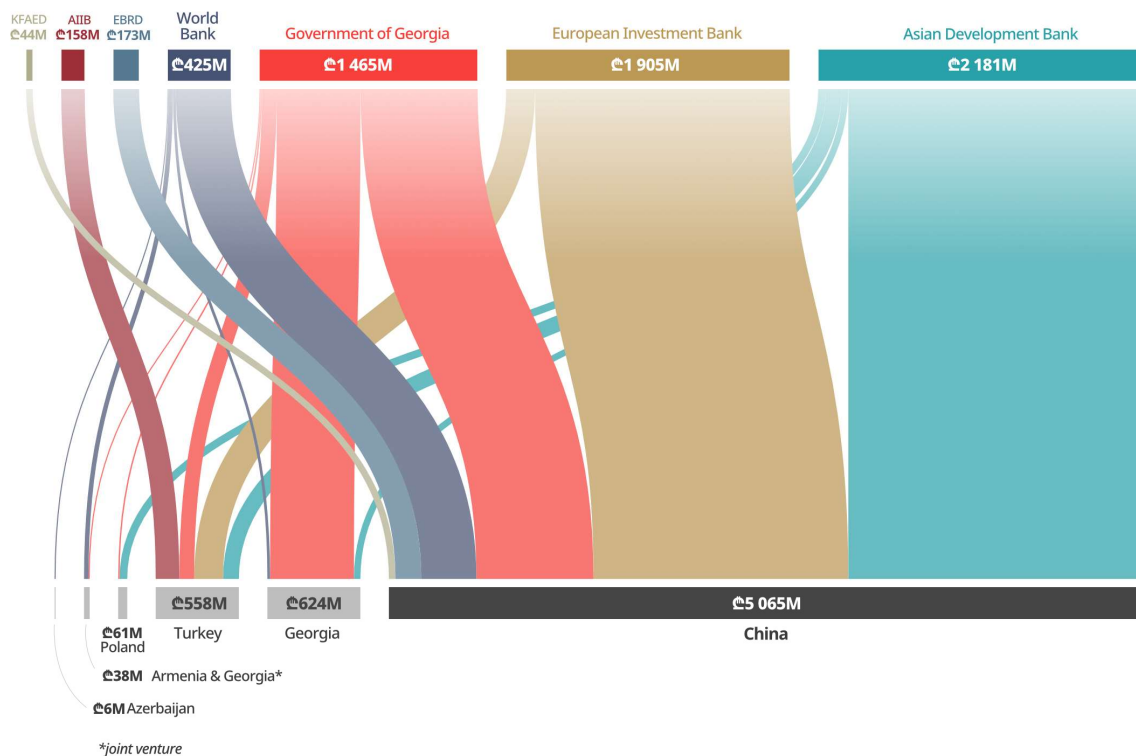
### **Serbien: Machtausbau mittels Infrastruktur**

Serbien baut Autobahnen, U-Bahn-Strecken, Prachtquartiere. Seit 2012 hat Präsident Aleksandar Vučić die Infrastrukturausgaben verdreifacht. Doch im November 2024 brach das Dach des Bahnhofs in Novi Sad ein – 16 Menschen starben. Es folgten die größten Proteste seit der Auflösung Jugoslawiens. Die Demonstrant\*innen benennen, was der Report belegt: Infrastrukturprojekte entstehen ohne echte Kontrolle und mit mangelnder Transparenz – sie dienen der Festigung autoritärer Macht. Vučić verknüpft Initiativen wie das „Belgrade Waterfront“-Projekt mit seinem persönlichen Vermächtnis. „Hier wurde die Projektplanung eher von den Prioritäten der Eliten als von den Bedürfnissen der Öffentlichkeit bestimmt,“ berichtet Valentin Krüsmann. Geplante U-Bahn-Strecken umfahren Hauptverkehrsknotenpunkte und führen stattdessen zu prestigeträchtigen Bauprojekten wie dem „Waterfront“-Projekt. Chinesische Baukonzerne liefern hierfür schnell – und ohne kritische Rückfragen. Demokratische Spielregeln weichen, autoritäre Strukturen festigen sich.

## Georgiens Orientierung nach China

Autobahnen und ein neuer Tiefseehafen in Anaklia – die Regierung von „Georgischer Traum“ investiert in Konnektivität, und in die eigene Macht. Auch bei westlicher Finanzierung geht der Löwenanteil der Straßenbauaufträge an chinesische Firmen (siehe Grafik). Lokale Behörden bleiben außen vor. Öffentliche Anhörungen richtet die Zentralbehörde selbst aus. Wer protestiert, riskiert staatliche Schikane. Politisch rückt Georgien derweil näher an Peking und weiter weg von Brüssel. „Die engeren politischen Beziehungen zu China dürften eine Rolle dabei gespielt haben, dass sich das Land von der EU-Integration distanziert hat,“ so Krüsmann.

Finanzströme im Straßenbausektor: Von der Finanzierungsquelle zu den Herkunftsländern der Auftragnehmer, Georgischer Lari, 2015–2023



Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten der georgischen Straßenbaubehörde (Allheilig et al. 2023; Gugushvili 2023).

Der Report zeigt: Infrastruktur stärkt autoritäre Herrschaft – in Aserbaidschan, Serbien und Georgien. Konnektivitätsprojekte sind mehr als Beton und Technik. Sie schaffen Möglichkeiten, bestehende Machtstrukturen zu zementieren. All das wirkt in die geopolitische Neuordnung hinein, die Eurasien gerade erlebt. Auch das zeigt der Report: Unabhängig von der Finanzierungsquelle verstößt die Governance großer Infrastrukturprojekte häufig gegen soziale und rechtliche Standards. „Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank sollten die politischen Auswirkungen von Infrastrukturprojekten stärker anerkennen und entsprechend handeln,“ sagt Julia Langbein. Doch ihre Macht ist begrenzt solange autoritäre Regierungen über

alternative Finanzierungsquellen für den Bau von Infrastrukturprojekten verfügen, wie beispielsweise China.

## **Publikation**

Tsypylma Darieva, Valentin Krüsmann and Julia Langbein: *Connectivity and the Entrenchment of Authoritarianism in Azerbaijan, Serbia and Georgia*, ZOIS Report 3/2026.

## **Pressekontakt**

**Dr. Stefanie Orphal**  
Leitung Kommunikation  
Direktorin für Kommunikation

**Zentrum für osteuropäische und internationale Studien (ZOIS)**  
Anton-Wilhelm-Amo-Str, 61 10117 Berlin

+49 (30) 2005949-20  
stefanie.orphal@zois-berlin.de  
**zois-berlin.de**

Das [Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien \(ZOIS\)](#) ist ein unabhängiges, internationales und interdisziplinäres Forschungsinstitut. Es konzentriert sich auf die gesellschaftsrelevante sozialwissenschaftliche Forschung zu Osteuropa und die Vermittlung der Ergebnisse an Politik, Medien und die breite Öffentlichkeit.